

Allgemeine Geschäftsbedingungen (Version 1.0)

IPBreeze GCV

1. Allgemein

Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen regeln die Lieferung aller Dienstleistungen an den Kunden von oder im Namen von IPBreeze, Unternehmensnummer 0848.141.472 (hiernach als „Berater“ genannt), und gelten für alle Transaktionen zwischen dem Berater und dem Kunden unter Ausschluss aller anderen Bedingungen, Vereinbarungen und anderen Transaktionen im weitesten Sinn.

2. Vertraulichkeit

Alle Informationen, die der Berater vom Kunden während der Erbringung seiner Dienstleistungen erhält, und bei denen es sich entweder um sensible Geschäftsinformationen handelt oder die ausdrücklich als solche gekennzeichnet sind, werden als vertrauliche Informationen behandelt. Der Berater wird die besagten vertraulichen Informationen nicht ohne Erlaubnis offenlegen und er verpflichtet sich dazu, alle vernünftigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine unerlaubte Offenlegung zu verhindern, als ob es sich um die eigenen vertraulichen Informationen des Beraters handeln würde.

3. Beschwerden

Der Kunde ist damit einverstanden und akzeptiert es, dass der Berater seine Aufgaben nach bestem Können ausführt, ohne dabei die Ergebnisse garantieren zu können. Beschwerden bezüglich der Gültigkeit und Verlässlichkeit der in Rechnung gestellten Dienstleistungen müssen dem Berater innerhalb von 30 Tagen nach Rechnungsdatum per Einschreiben zugehen. Wenn dies unterbleibt, gelten die Dienstleistungen als unwiderruflich akzeptiert und können unabhängig von der Begründung nicht mehr angefochten werden.

4. Vergütung

Die Dienstleistungen des Beraters werden entweder in Übereinstimmung dessen normalem Tarif oder auf der Grundlage der zwischen den Parteien vereinbarten Vergütung in Rechnung gestellt. Wenn nichts anderes vereinbart worden ist, erstattet der Kunde dem Berater darüber hinaus alle Barauslagen sowie Reise- und Übernachtungskosten, die letzterem bei der Erbringung seiner Dienstleistungen vernünftigerweise entstehen. Dies unterliegt der Vorlage jener Belege, die der Kunde vernünftigerweise verlangen kann.

5. Vertragsstrafen

Die Rechnungen sind innerhalb von 30 Tagen nach Rechnungsdatum zahlbar. Wenn dies unterbleibt, (i) werden alle noch nicht fälligen Rechnungen sofort zahlbar; (ii) werden die Dienstleistungen des Beraters ausgesetzt, und dies auch dann, wenn sie nicht mit der unbezahlten Rechnung in Verbindung stehen; (iii) sind ab dem Fälligkeitstag Zinsen in Höhe von 1% des in Rechnung gestellten Betrags pro Monat geschuldet; (iv) werden alle relevanten Inkassokosten im Sinne des Artikels 6 des Gesetzes vom 01. August 2002 in Bezug auf die Bekämpfung von Zahlungsrückständen bei Handelstransaktionen. Dies gilt von Rechts wegen und ohne vorherige Ankündigung. Das Vorstehende lässt das Recht des Beraters unberührt, die Vereinbarung von Rechts wegen und ohne vorherige Ankündigung aufgrund der nicht erfolgten Zahlung aufzulösen oder auf andere gesetzlich vorgesehene Rechtsmittel zurückzugreifen.

6. Haftung

Außer in Fällen von Betrug oder vorsätzlichem Fehlverhalten haftet der Berater nicht für etwaige wie auch immer geartete Schäden, die direkt oder indirekt aus seinen gelieferten Dienstleistungen entstehen. Die Gesamthaftung des Beraters ist in jedem Fall auf den Durchschnittsbetrag beschränkt, der dem Kunden vor dem Ereignis in Rechnung gestellt worden ist, das den Schaden verursacht hat.

7. Verzichtserklärung

Die Tatsache, dass der Berater die Einhaltung der einzelnen Bestimmungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht strikt einfordert, kann weder als ein Verzicht darauf noch als eine stillschweigende Akzeptanz einer anderen Vereinbarung im weitesten Sinne ausgelegt werden. Die vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen bleiben jederzeit in Kraft, es sei denn, dass die Parteien etwas anderes vereinbaren oder sie durch eine neuere Version derselben ersetzt werden.

8. Änderungen

Der Berater behält sich das Recht vor, diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen von Zeit zu Zeit aus wirtschaftlichen, technischen oder juristischen Gründen zu ändern.

9. Gerichtsstand und geltendes Recht

Alle Streitigkeiten hinsichtlich der Gültigkeit, Auslegung oder Ausführung der vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die nicht gütlich beigelegt werden können, werden den Gerichten von Antwerpen in Belgien zur Entscheidung vorgelegt. Es gilt ausschließlich belgisches Recht, mit Ausnahme der Bestimmungen des internationalen Privatrechts.

10. Ungültigkeit

Die Ungültigkeit oder Unanwendbarkeit einer oder mehrerer Bestimmungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen hat keinen Einfluss auf die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen, die davon unberührt und in Kraft bleiben. Die Bestimmungen, die nichtig sind oder aus irgendeinem anderen Grund für nicht anwendbar erklärt werden, werden durch die Parteien im gegenseitigen Einvernehmen durch neue Bestimmungen ersetzt, bei denen die Ziele der ursprünglichen Bestimmungen beachtet werden.